

Haushaltsrede der CDU für den Haushalt 2010

Sehr geehrter Herr BM,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir verabschieden den Haushalt 2010 in wirtschaftlich schwieriger Zeit. Die Stimmung ist pessimistisch. Die Haushaltsreden der Verwaltungsspitzen haben uns die zu erwartende Haushaltssituation eindringlich vor Augen geführt. Es wird schwierig werden. Das wissen wir.

Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen, so oder ähnlich sind Haushaltsreden schon vor Jahren von mir gehalten worden.

Also, alles schon da gewesen.

Wir älteren wissen: es ist immer wieder ein Auf und ein Ab. Es ging noch nie langfristig nur abwärts.

Finanztransaktionen in ungeheurem Umfang, die niemand mehr durchblickt, haben die Weltwirtschaft in eine Krisensituation gebracht.

Ich bin überzeugt, dass der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf zwar ein Sparhaushalt ist, der von der Hoffnung auf bessere Zeiten lebt. Er ist ein mit Realismus und Verantwortungsbewusstsein aufgestellter Haushalt

Auch wenn auf dem Deckblatt ein Warnhinweis zu erkennen ist.

„Gerade noch einmal gutgegangen.“ Dieser Hinweis muss allen im Rat vertretenden Parteien Mahnung zum sparsamen Haushalten sein.

Wir sollten jedoch uns nicht davon abhalten lassen, die Aufgaben zur Berwindung der drohenden HSK selbst in die Hand zu nehmen. Wir als CDU sind jedenfalls bereit, die Verantwortung und auch die Handlungsfelder zur Abwendung des HSK mit Vernunft anzugehen.

Abzuwarten und auf einen Moderator oder Vordenker „Aufsichtsbehörde“ zu hoffen, halte ich für nicht sinnvoll. Wir, die im Rat der Stadt vertretenden Parteien müssten eigentlich viel besser mit den Problemen umgehen können als Externe und ich sage heute, wie können es.

Wer hat eigentlich bessere Kenntnisse über Verwaltungsabläufe und Bedürfnisse unserer Bürger? Wir haben in den letzten Jahren gezeigt, dass wir uns in wesentlichen Dingen des Haushaltes einig waren. Nicht umsonst

wurde die Haushaltssatzung mehr als einmal einstimmig genehmigt. Nur so war es uns möglich ein gesundes Finanzpolster zu erhalten und Rücklagen zu erwirtschaften.

Bedauerlicherweise hat sich aber die finanzwirtschaftliche Situation deutlich verschlechtert. Wir konnten Jahr 2009 strukturell nicht mehr ausgleichen. Es war uns schon letztes Jahr klar, dass wir bei der Gewerbesteuer die Vorjahresergebnisse nicht halten konnten.

Die wichtigsten Einnahmepositionen bleiben nun mal die Gewerbesteuer und der Anteil an der Einkommensteuer.

Haushaltssicherungskonzept kann doch nicht unser aller Ziel sein. Sind wir uns denn nicht darüber alle im Klaren, dass HSK zu einer erheblichen Mehrbelastung unserer Bürger führt? Wir haben in den letzten Jahren verantwortliche Politik geleistet, haben erhebliche Investitionen getätigt und unsere Verbindlichkeiten kontinuierlich zurückgeführt. Das alles ohne Steuer- und Gebührenerhöhung und bei einer Gewerbesteuermesszahl von 400 %. Wobei die vom Land vorgeschriebenen 403 % um somit 3 % Punkte unterschritten wurde. Als warnendes Beispiel führe ich hier einmal einen Vergleich zu den Nachbargemeinden an, die sich im HSK befinden: Gewerbesteuerhebesätze bis 420 %. Bei uns 400. !! Unsere Gewerbesteuerzahler haben somit allein im 2010 gegenüber HSK eine Ersparnis von 250 T€. Wenn dieses kein Grund dafür ist, uns sparsam zu verhalten, dann können wir denen, die nur Fordern und mit Vermutungen und Annahmen versuchen den Haushaltsausgleich zu erreichen, auch nicht helfen. Aber wir haben heute den Haushalt 2010 zu verabschieden und nicht auf den vergangenen Kommunalwahlkampf Versprochenen zurückzugreifen.

Auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen einzugehen, ist vergebene Zeit und führt zu keinem sinnvollen Ergebnis. Bekanntermassen hängt die Höhe ja von unserer eigenen Steuerkraft ab.

Bei allen finanzwirtschaftlichen Schatten ist aber hervorzuheben, dass Brakel bislang in der Lage war und ist, sich den gestellten Aufgaben zu stellen und auch zu meistern.

Derzeit gibt es leider keine verlässliche Daten über die Steuereinnahmen von Bund und Land NRW und somit auch keine Aussagen über die uns zustehenden Steueranteile der nächsten Jahre.

Seit dem letzten Jahr wird der Haushaltsentwurf nach „NKF“ aufgestellt. Wir haben diese Umstellung im Vorjahr parteiübergreifend gelobt.

Generell zufrieden konnte jedoch keiner sein. Verbesserungen wurden angemahnt und zugesagt. Leider konnte bislang noch keine Eröffnungsbilanz vorgelegt werden. Nach Aussage des Kämmerers, Herr Güthoff, soll im Laufe dieses Jahres aber ein von der GBA geprüfte Eröffnungsbilanz vorgelegt werden.

Dieses ist auch zwingend notwendig um aufgrund des Anlagespiegels zu ersehen, welche Abschreibungsbeträge zusätzlich erwirtschaften werden müssen.

Hinzukommt, dass neben den Abschreibungssätzen auch die notwendigen Erhaltungsaufwendungen der nächsten Jahre zu erkennen sind. Nur so sind Fehlinterpretationen zu notwendigen Aufwendungen künftig ausgeschlossen.

Im Rahmen der Konjunkturpakete I und II, wurde die Sporthalle sowie das Hallenbad nach durchzuführenden Erhaltungsarbeiten oder Investitionen abgefragt. Alles i.O. Dieses Jahr werden erneut Erhaltungsaufwand in einer Größenordnung von mehr als 100 T\ notwendig. Das kann auf Dauer in der Form nicht akzeptiert werden, wenn wir unseren Haushalt dauerhaft in den Griff bekommen wollen

Die Vorgehensweise der Abschreibungserwirtschaftung und der erforderlichen Rückstellungen für die Beamtenversorgung ist aus meiner Sicht richtig. Ob es aber im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung richtig ist, wage ich persönlich zu bezweifeln.

Warum führen denn sowohl Bund als auch die Länder nicht Gleiches ein. Ich komme zu der Erkenntnis: Beide wären nicht mehr handlungsfähig und am finanziellen Ende. Das das NKF kein Allheilmittel zur Abwendung der Finanzkrise sein kann, ist allen bekannt. Das „Webfehler“ sich eingeschlichen haben, hat auch der FM. Dr. Linsen, in einer Veranstaltung zugegeben. Abhilfe konnte jedoch auch er nicht versprechen. Zuständig sei eben der Innenminister. So ist das denn eben mal.

Seit vielen Jahren wachsen von Haushalt zu Haushalt die Aufwendungen für soziale Angelegenheiten kontinuierlich an. Im Haushalt unserer Stadt zwar nicht direkt, jedoch indirekt durch die Kreisumlage. Hier ist es einfach, auf den Kreis wegen der permanenten Erhöhungen zu schimpfen, ohne nach dem wirklichen Grund zu fragen. Die Belastungen müssten eigentlich die tragen, die auch für diese Gesetze verantwortlich sind. Hinzukommen, dass Bund und Land Aufgaben mit finanziellen Auswirkungen den Kommunen übertragen, ohne sich Gedanken darüber zu machen, wie diese Aufgaben von den Kommunen zu bewältigen und zu finanzieren sind. Ich nenne hier

beispielhaft Kibiz oder Hartz IV.

Sehr geehrte Damen und Herren,
soweit zu meinen Vorbemerkungen und warum wir als Fraktion keine besonderen Anträge zur Haushaltsausweitung und somit zur finanziellen Verschlechterung gestellt haben. Das bedeutet aber nicht, dass wir nicht auch die eine oder andere Massnahme gern gesehen hätten. Für uns galt „Finanzierbarkeit geht vor Wünschenswert“

Ich habe mit Interesse in der letzten Hauptausschusssitzung zur Kenntnis genommen, dass alle anderen Parteien, die bereits in der alten Zusammensetzung im Rat vertreten waren, gleiche Vorstellungen bekundet haben.

Auch wir, die CDU-Fraktion haben den Haushalt und den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten intensiv beraten. Wir sind unter dem Gesichtspunkten „Wünschenswert und „Finanzierbarkeit?“ zu folgender Schlussfolgerung gekommen.

Wir werden uns für eine Prioritätenlisten zum **Hochwasserschutz** aussprechen. In einer mit dem Planungsbüro geführten Gespräch hat sich gezeigt, dass um die Altstadt vor Überflutung bei einem 100jährigen Hochwasser zu schützen unbedingt den Durchfluss der Brücke „Königsstrasse Kaiwasser“ erhöht werden muss. Nur die Fließgeschwindigkeit zwischen Bereich zwischen „JIBI und Märsch“ zu verbessern bringt allein den gewünschten Effekt.

Kunstrasenplatz für den Tennisplatz des PLG.

Hier sollte man abwarten, wie sich die finanzielle Lage einwickelt. Diese Investition ist nicht vorrangig. Vorrangig sind die vorgesehen Investitionen im schulischen Bereich und hier haben wir erhebliche Investitionen vorgenommen und somit viel erreicht.

Abriss der GS Bökendorf.

Hier sollte noch weiter nach einer Lösung für eine Nutzung bzw. Verkauf der Gebäude gesucht werden. Abriss kann nur die letzte Möglichkeit sein.

Schülertransport Gehrden/Heggedörfer

Der Schülertransport muss auch für die kleinen Grundschüler sicher sein. Wünschenswert wäre ein separater Transport. Ein ordentlich durchgeführter Schülertransport, nicht nur bei den Kindern der GS Gehrden, ist für alle Schulformen ein Qualitätskriterium.

Feuerwehrgerätehaus Bellersen

Falls, der nach der letzten Kostenkalkulation noch eventuell fehlende Betrag nicht erbracht werden kann, sollte nicht diese Massnahme nicht zum Scheitern der Gesamtmassnahme führen.

Wirtschaftswege und Strassenunterhaltungsmassnahmen

Erst nach Ablauf der Wintermonate wird sich der wirkliche Bedarf an finanziellen Mitteln zur Renovierung und Verbesserung dieser Massnahmen zeigen. Wir sind auf jeden Fall für eine Anhebung der finanziellen Mittel. Wie hoch auch diese zum jetzigen Zeitpunkt ausfallen.

Mauerabsicherung und Schulhofsanierung in Hembsen

Die Mauerabsicherung am Friedhof stellt eine Gefährdung der Besucher dar und ist daher unbedingt erforderlich.

Forstwirtschaft

Es sollte jede Art von Einsparungspotential und Einnahmeverbesserungen gesucht werden. Die Betreuung von privaten Holzkunden ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zwingend kundenfreundlich und von Revier zu Revier unterschiedlich. Abwanderungen an heimatnahen oder umliegenden Mitbewerbern sollten vermieden werden.

Einen Seitenhieb zu den Wahlkampfaussagen der Liste sei mir gestattet. Den ganzen Wald aus „Unwirtschaftlichkeit“ zu verkaufen, wäre aus unserer Sicht der grösste Fehler einer Gemeinde in der heutigen Zeit. Für mich persönlich hätte ich gern den Ausführungen zu der aus dem Verkauf erzielten Kapitalstock und die Verzinsung daraus in Erfahrung gebracht. In der heutigen Zeit über sichere Anlageformen mit einer Rendite von bis zu 7- 8 % zu spekulieren ist höchst riskant. Ich würde diese Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis nehmen.

Betriebsausschuss „KUBRA + VUBRA“

Der Grundstücksankauf „Nordteil“ sollte nicht vorgenommen werden.

Der Ratskollege, Peter Assmann von der SPD, deutete bei der Haushaltsberatung im Hauptausschuss folgendes in einem Nebensatz an: „Es kann und sollte folgendes bei den Beratungen dabei nicht herauskommen. Die eine Partei ist für die schlechte Seite „sprich Ausgabenkürzungen bzw. Einnahmeverbesserungen zuständig und die andere für die Wohltaten“. Ich kann dem nur ausdrücklich zustimmen. Das wäre schlechter Stil und hätte im sportlichen Wettkampf mindestens die gelbe